

Gaußiger Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger
Abonnement-Preis:
für Görlitz 12 sgr. 6 pf.,
innerhalb des ganzen Preußischen
Staats incl. Porto-Aufschlag
25 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal,
Dinstag, Donnerstag und
Sonnabend.
Insertions-Gebühren
für den Raum einer Petit-Zeile
6 pf.

Görlitz, Dinstag den 26. November 1850.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21. Novbr. Das heutige Amtsblatt der freien Stadt Frankfurt enthält das neue Gesetz über die Standesbuchführung, sowie das Gesetz über die bürgerliche Ehe.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Der Bundestag hat heute die Instructionen für den nach Holstein abzuordnenden Bundescommissar, Hrn. v. Hammerstein, beschlossen und zugleich festgesetzt, welche Contingente zu der Expedition nach Holstein verwendet werden sollen. So viel wir vernehmen, wird die Hälfte dieses Corps von Österreich gestellt werden.

Berlin, 22. Nov. Der königliche Marstall hat Befehl erhalten, in diesen Tagen von Berlin aufzubrechen. Ein Theil der Pferde geht nach Schlesien, ein anderer Theil nach dem Rhein. Auch die königlichen Stallmeister haben Auftrag, sich reisefertig zu halten.

Der berliner D=Corresp. der „Hamb. Nachr.“ schreibt denselben: In der ministeriellen Politik tritt eine gewisse Scheu von Stunde zu Stunde sichtbarer hervor. Braunschweig hat zu wissen gethan, es werde gegen den Durchmarsch der Bundestruppen feierlich protestiren und angefragt, was Preußen thun werde, wenn Braunschweig seine Güte auf der Basis des Bündnisses anrufe. Preußen hat nun geantwortet, es könnte seinem Verbündeten die Unterstüzung des Protestes nicht versagen. Die Nachricht ist auf telegraphischem officiellen Wege nach Wien gegangen. Zu gleicher Zeit wird aber ein Innthalten Österreichs constatirt. Österreich faßt jetzt die Eventualität eines Krieges ernster in's Auge. Ein Krieg würde gewiß nicht erlauben, daß 30,000 M. an die Eider detachirt würden. Die ganze Execution setzt den Frieden mit Preußen voraus. Aber für den Fall des Friedens, so rechnet man in Wien, könnte die Angelegenheit von Preußen und Österreich auf gemeinschaftlichem, diplomatischem Wege, z. B. in den freien Conferenzen, behandelt werden. Man weiß bestimmt, daß diese Betrachtungen jetzt in Wien vorwalten. Sie treffen mit einer entschiedeneren Politik des hiesigen Cabinets in dieser Frage zusammen. Sicher aber ist, daß die Bundesexecution jetzt wieder in die Ferne gerückt ist.

Berlin, 23. Nov. Die „N. Pr. Ztg.“, welche als das halboffizielle Organ des Ministeriums sich schon seit längerer Zeit gemacht, tritt jetzt für die eine Seite, für die des Hrn. v. Mantuoffel, offen hervor und enthüllt die Geheimnisse des Cabinets mit folgenden Worten: „Im Schooße des Ministeriums selbst zeigt sich eine nicht länger zu verborgende Spaltung, um so beflagenswerther, je verwerflicher die Gründe sind, welche die Dissidenten zu leiten scheinen. Rechts die Männer, welche Vertrauen nicht nur verdienen, sondern auch besitzen, links ein Mann, welcher es nicht verwinden zu können scheint, daß sein Name bisher nicht bedeutend genug befunden worden ist, zur Bezeichnung eines Ministeriums zu dienen, und als sein Secundant „dieser Mensch“, der es uns nicht verargen wird, wenn wir gegen ihn dasselbe Missstrauen hegen, welches er dureinst gegen eine andere Stelle aussprach, und wenn wir uns mit derselben Leichtigkeit von seiner Person trennen, wie er selbst von seinen republikanischen Prinzipien.“

Also Herr v. Ladenberg und Herr v. d. Heydt bilden die letzte Schranke gegen das siegreiche Vordringen der pietistisch-absolutistischen Partei. Wie schwach ist diese Schranke und wie rasch wird sie zusammenbrechen!

— Die „D. Ref.“ entwickelt in ihrem Leitartikel die Forderung, daß die beiden deutschen Großmächte aus ihrem Parteidstandpunkt heraustreten sollten. Preußen habe dieser Aufrüderung durch Aufgeben der Union genügt; jetzt sei es an Österreich, auch mit dem Bundestage eine Parteimaßregel zu beseitigen. Die freien Conferenzen drückten zuerst wieder die Einigkeit aus, und sie sei der erste Schritt zur Einheit. Ein Versuch zur Bundes-execution nach Holstein, ein weiteres Vorgehen in Hessen siehe einem Ablehnen der „freien Conferenzen“, einem Festhalten an der Parteibedeutung des Bundestages gleich.

— Die Angabe, daß durch ein Edict die Ausfuhr von Pferden und Rindvieh verboten werden solle, wird von dem Corresp.-Bureau dahin berichtigt, daß ein Ausfuhrverbot von Schlachtvieh nicht erfolgen solle.

— Seit mehreren Tagen bemerkt man hier in den Straßen Mönche. Dieselben sind aus Prag und sammeln Geldbeiträge für das dortige Kloster der barmherzigen Brüder. Dieses Kloster hat sich nämlich zur Pflicht gemacht, kranke Reisende aller Confessionen und aller Nationalitäten in seine Räume aufzunehmen und bis zu ihrer Wiedergesundung zu pflegen. In Folge dessen wird denselben gestattet, von Zeit zu Zeit in ganz Deutschland für dasselbe Collecten zu halten.

Berlin, 23. Novbr. Die in Trautenau und Arnau in Böhmen angelangten Truppen haben, wie heute berichtet wird, nur erst eine Stärke von 400 Mann; auch sind neue Truppen bis jetzt noch nicht gegen die Grenze im Anmarsche. Jene 400 Mann gehören dem Infanterieregiment Piret an und sollen zunächst bestimmt sein, bei der für mehrere Monate vorausgeschehenden Einziehung der Grundsteuer, etwaigen Unruhen vorzubeugen. Im ganzen Königreich Böhmen ist eine Nachmusterung aller 19- bis 30-jährigen noch nicht eingestellt gewesenen Mannschaften im Gange. In den böhmischen Fabrikstädten stocken für den Augenblick Gewerbe und Fabrikation gänzlich; in Hohenelbe und Umgegend sind in den letzten Tagen mehrere hunderter Weber brodeln geworden. Über den Grund der Verzögerung der bereits allenthalben angesagten Grenzbefestigung differieren die Nachrichten. Nach einigen sollen Gegebenbefehle erlassen sein, nach anderen die böhmischen Grenzorten bringen die Leute ihr Mobilier möglichst über die Seite, aus Furcht vor den Grenzern und Kroaten.

— Die „Wes.-Z.“ sagt: „Wir befinden uns in Preußen noch in einer Art politischer Dämmerung, wo das Licht mit dem Dunkel, die Freiheit mit dem alten Regiment um den Sieg kämpft, wie es einst in England zu den Zeiten der letzten Stuarts, achtzig Jahre nach den großen Tagen der Elisabeth, dreißig nach Cromwells fruchtbaren und ruhmvollen Siegen der Fall war. In gleichem Zeitraum seit dem großen Friedrich und den Freiheitskriegen sieht sich auch in Preußen „ein zu großen Dingen aufgelegtes Volk“ durch die Unfähigkeit seiner Regierung um seinen Stolz und seine Hoffnungen betrogen, in seiner natürlichen Entwicklung gehemmt und an fremde, überwundene Zustände gefesselt. Hoffen wir, daß ihm sein Oranier nicht vom Auslande zugeführt werde.“

Berlin, 23. Nov. Wir erfahren, daß vor Kurzem ein Flügeladjutant des Königs mit einem eigenhändigen Schreiben Sr. Maj. an den Kaiser von Österreich nach Wien abgesandt worden. — Graf Sandor, der in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Fürsten Metternich steht, überbrachte am 19.

Abends die Antwort des Kaisers auf dies Schreiben. Dieselbe entsprach den Erwartungen nicht, die man gehabt hatte. Sehr lebhaft und dringend wurde zwar der Wunsch der friedlichen Verständigung ausgesprochen, zugleich jedoch erklärt, daß die Forderungen, welche die österreichische Politik aufstelle, nicht etwa willkürlich oder zufällig, daß sie nicht auf die Interessen der momentan regierenden Personen, sondern auf die bleibenden des österreichischen Staates gerichtet seien. — Es soll dem Inhalte dieser Antwort zuzuschreiben sein, wenn der Passus der Thronrede über die deutsche Frage noch im Ministerrath vom 20. eine wichtige Abänderung erfahren hat, und die adoptierte Fassung mit weniger Entschiedenheit die Aussicht auf Erhaltung des Friedens ausspricht, als dies in der ursprünglichen der Fall war.

— Das Militair-Wochenblatt No. 47. bringt eine ungewöhnlich große Zahl von Personal-Veränderungen in der Armee, und zwar besonders viele Avancements zu Second-Lieutenants in der Landwehr. — Außerdem enthält das genannte Blatt eine Cabinets-Ordre, nach welcher der König das von den Landwehrmännern bei den diesjährigen Übungen an den Tag gelegte Bestreben, sich für den Waffendienst geschickt zu erhalten, mit Begeisterung vernommen hat und dem Kriegsminister aufträgt, der Landwehr die königliche Anerkennung anzusprechen. Ferner eine Allerhöchste Bestimmung über die Befestigungsweise der beiden Patronatstaschen an dem Leibriemen und des Kochgeschirrs am Tornister. Nach derselben wird das Kochgeschirr mittelst des Kreuzriemens auf der Klappe des Tornisters befestigt, den Garde-Truppen aber überlassen, die Befestigung auf der oberen Kante des Tornisters zu wählen.

— Man nennt die Kammer eine Chambre introuvable, aber die Majorität der preußischen zweiten Kammer dagegen erwies sich bisher nur passiv und gefügig, könnte aber durch theilweise Austritt von Beamten und Neuwahlen unabhängiger geworden sein; die erste Kammer ist völlig neu gewählt und liegt ganz außer aller Berechnung. In so aufgeregten Zeiten ist überhaupt auf alte Kammermajoritäten nicht wohl zu zählen. Entweder einigen sich die constitutionellen und altpreußischen Elemente in der Majorität zu einer Kriegspartei, oder es ergibt sich doch jedenfalls in der Kammer eine Majorität, welche mehr Bedeutung hat, als in ruhigen Tagen, weil sie dem tief aufgewühlten Volksgefühl entspricht. Es ist ein seltenes Beispiel in der Geschichte, daß eine Regierung, mit allen wohl aufrichtig gemeinten Bemühungen, Frieden zu erhalten, doch so viele Elemente eines außergewöhnlichen Ausgangs aufgehäuft hat, als es in Preußen der Fall ist. Es scheint überhaupt die Zeit zu nahen, wo die deutschen Zustände durch Thatsachen uns der Mühe überheben werden, fortwährend Vermuthungen auszusprechen. Die Stimmung in Baden, in Württemberg, wo man seit der Auflösung der Ständeversammlung einer österreichischen Intervention als Notwendigkeit entgegen sieht, scheinen völlig und schnell zu reisen, was man seit Wochen heraufkommen sieht. Der Genius des Friedens verschleiert sich in Deutschland das Haupt!

Berlin, 22. Novbr. Zweite Sitzung der ersten Kammer. Vorsitzender: Alterspräsident Fonck. Eröffnung: 10½ Uhr. Am Ministertische: Der Justizminister Simons. Der Präsident: Bevor die heutigen Verhandlungen beginnen, erlauben Sie mir, einige Worte an Sie zu richten. Zunächst bitte ich um Ihre Nachsicht, deren ich bei der Führung meines Amtes so sehr bedarf. Auf die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen Sie zusammentreten, brauche ich Sie nicht aufmerksam zu machen. — Sie Alle kennen sie. Das Volk setzt auf Sie die Hoffnung, daß Sie die Ehre und das Wohl des Landes wahren werden. Mögen wir unsre Aufgabe glücklich durchführen und die schöne Mittelstraße zwischen den Rechten des Thrones und des Volkes halten. Mögen wir uns hüten, zu viele Verbündungen zu beantragen, damit unter ihnen noch die Ordnung herausgefunden werden kann. Mögen unsre Gesetze kurz und klar sein, möge von ihnen der Ausspruch jenes großen in der Verbannung gestorbenen Gesetzgebers gelten: Unsere Gesetze werden uns überleben, weil sie keine Ausnahme gestatten. Möge endlich unsre Verfassung in ihrer Verwirklichung und Ausführung eine Wahrheit werden. — Es wird hierauf zur Wahl des provisorischen Präsidenten geschritten und Graf Nittberg mit 85 Stimmen gewählt. Der Präsident Graf Nittberg: Meine Herren! Empfangen Sie meinen aufrichtigen, wärmsten Dank für Ihre Wahl. Ich schäze Ihr Vertrauen, aber ich kenne das Maß der Verpflichtungen, welche Sie mir auferlegen, zu gut, als daß ich nicht die Besorgniß hegen müßte, trotz des guten und redlichen Willens, den ich mitbringe, doch diese Pflichten nicht in dem Umfange erfüllen zu können, in welchem Sie es zu fordern berechtigt sind. Deshalb bitte ich um Ihre Nachsicht und Unterstützung. Die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, der ich

mein Leben gewidmet habe, werden mich auch bei diesem Amt leiten. Meine erste Pflicht ist, dem Herrn Alterspräsidenten im Namen der Kammer und in dem meinigen dafür zu danken, daß er die Geschäfte des Hauses so bereitwillig übernommen und geführt hat. Aber ich habe noch einen Dank auszusprechen: er betrifft unsere Brüder und Söhne. Das Vaterland ist in Gefahr und der Kriegsherr hat seinen Ruf an Sie ergehen lassen. Mit patriotischer Gesinnung, mit treuem Eifer sind Sie dem Ruf gefolgt, da Ihnen das Vaterland über Alles geht. Wir, die wir aus den verschiedenen Provinzen des Landes kommen, können Zeugnis von ihrer Bereitwilligkeit ablegen. Das Gericht, dem ich vorstehe, hat durch die Mobilisierung des Heeres so viele seiner Beamten verloren, daß ich einige Reklamationen eintreten lassen mußte — ungern und traurig kehrten die Einberufenen zurück. Diese Opferwilligkeit ist ein Nothanker in schwerer Zeit und so lange dieser Geist besteht — und er wird bestehen, denn er gründet sich auf die hohe Sittlichkeit des Volkes — braucht das Vaterland seine Hoffnung nicht sinken zu lassen. Darum Dank und laute Anerkennung den Söhnen des Vaterlandes! Dank und laute Anerkennung der Landwehr! Dank und laute Anerkennung dem Heere! Möge es Ihnen gefallen, meine Herren, sich zum Zeichen Ihrer Bestimmung von Ihren Sitzen zu erheben. (Dies geschieht.) Die Versammlung hat sich erhoben wie Ein Mann. (Lauter, anhaltender Beifall.) Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Zweite Sitzung der Zweiten Kammer. Alterspräsident: Lensing. Am Ministertische: v. Manteuffel, v. d. Heydt und v. Stockhausen. Unter den neu eingetretenen Abgeordneten bemerkte man Herrn von Vincke, welcher seinen Platz auf der Linken einnahm.

Der Präsident Schwerin nahm den Präsidentenstuhl ein und richtete folgende Worte an die Versammlung: „Meine Herren! Ich bin tief durchdrungen von der Schwere der Verpflichtung, die Sie mir auferlegen, indem Sie mich in diesem Augenblick durch Ihre Wahl an diese Stelle rufen. Unsere Aufgabe in der Session, die hinter uns liegt, war eine schwierige; Ernstler und schwieriger wird diejenige sein, in die wir jetzt eingetreten sind. Aber, meine Herren, wir haben heut einen Geist, der früher in dem Maße nicht erkennbar war. Uns zur Seite steht ein fester, kühner Geist durch unser Volk! (Bravo.) Wie Ein Mann hat sich die ganze Kraft der Nation erhoben auf des Königs Wunsch, und in den Waffen steht sie kampfbereit, des Befehles ihres Königlichen Kriegsherrn gewärtig. Wie aus Einem Munde tönt es uns aus allen Gauen des Vaterlandes entgegen: Preußen will nicht Unbill leiden! (Bravo!) Wie schwer auch die Wolken an dem politischen Horizonte jetzt hängen, das ist meine feste Überzeugung, mit der ich hierhergekommen bin: Preußens Adler dringt durch zum Licht! Ein Volk, das sich selbst nicht verläßt, das verläßt Gott nicht! Sein gutes Recht im Auge, die Hand am Schwerte, will unser Volk den Ereignissen entgegen gehen und ist zu jedem Opfer bereit, was ihm zur Erfüllung dieser Angabe abverlangt wird. In diesem Hause, meine Herren, wenn es der Spiegel und Ausdruck des Volkes sein will, werden sich die Parteidistanzpunkte zu dem höheren vaterländischen Standpunkte erheben (Bravo!) und Deutschland wird inne werden, daß in dem großen Vaterlande eine neue Zeit angebrochen ist, die Zeit der Freiheit, seitdem Preußen in die Reihe der verfassungsmäßigen Staaten eingetreten, das Banner der Freiheit erhoben, ganz Deutschland an seinen Thron gefesselt hat. (Bravo!) Für mich bleibt immerdar der Wunsch, daß es mir gelingen möge, dieser großen Aufgabe des Hauses würdig, die Verhandlungen zu leiten, und dasselbe nach außen zu vertreten, so weit mir diese Vertretung obliegt. Ich danke Ihnen und bitte um Ihre Nachsicht! (Bravo!) Hierauf wurde zur Wahl des Präsidenten geschritten.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 280, davon erhielt der Abgeordnete Simson 193.

Der Abgeordnete Simson wurde also als erster Vizepräsident proclamirt und sprach in einer kurzen Ansrede der Versammlung seinen Dank für das ihm wieder erwiesene Vertrauen aus; er würde denselben zu entsprechen suchen, wenn ihm Gelegenheit dazu geboten werde.

Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten ergab folgendes Resultat: Zahl der Stimmenden 278, davon erhielt der Abgeordnete Lensing 197.

Der Abgeordnete Lensing, als zweiter Vizepräsident proclamirt, sprach der Versammlung seinen Dank aus.

Der Vorsitzende stellte hierauf die Frage, ob die Versammlung beschließe, eine Adress-Commission zu wählen, sie wurde von der Versammlung mit überwiegender Majorität befürwortet und die Wahl einer Adress-Commission angeordnet.

Dritte Sitzung der zweiten Kammer am 23. Nov. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer, welche nach 1 Uhr eröffnet wurde, war von kurzer Dauer und geringem Interesse. Von Seiten der Kammermitglieder polnischer Nationalität kam ein Schreiben zur Verlesung, in welchem sie sich bereit erklären, nunmehr den Eid auf die Verfassung zu leisten. Zu Anfang des laufenden Jahres hätten sie ihr Mandat niedergelegt, um nicht eine Verfassung beschwören zu müssen, welche die dem Großherzogthum Posen gewährleisteten Rechte nicht respectire. Jetzt, nach Anerkennung der Verfassung durch König und Kammer seien sie geneigt, die auf sie gefallene Wiederwahl anzunehmen, um nicht den Schein auf sich zu laden, auf die unverträglichen Rechte der Polen zu verzichten. In die Adress-Commission sind folgende Mitglieder gewählt worden, die heute Abend 6 Uhr zusammentreten werden: Geppert, v. Kleist-Neeckow, Bauer, Bodelschwingh (Magdeburg), Lavergne-Pegulhen, v. Patow, Camphausen, Richthofen, Falk, Elwanger, Kellen (Barnim), Bonseri, Thm., v. Bernuth, v. Seckendorf, Harkort, Genther, Ulfert, v. Bodelschwingh (Hagen), v. Winckel, v. Uecktritz. Die nächste Sitzung wird darauf Montag 1 Uhr anberaumt. Schluss 2½ Uhr.

Derberg, 22. Nov. So eben sind per Nordbahn folgende Munitionsgegenstände nach Pardubitz expedirt worden: 11,540 leere Wurfbomben, 1137 60pfündige Pulversäcke, 1066 Brandröhren, 3820 Feuerballen und 32 Centner gehacktes und geschmolzenes Zeug zur Füllung von Hohlkugeln. Auf dem wien. Bahnhofe liegen laut Meldung 1200 Centner Pulver in 30 Wagen verpackt zur Expedition bereit.

Stettin, 22. Novbr. An heutiger Börse lag folgendes auf: „Die Kaiserlich russische Regierung hat beschlossen, die Zolllinie zwischen Rußland und Polen aufzuheben und für beide Reiche einen gemeinschaftlichen Tarif zu erlassen. Dieser Tarif, welcher binnen Kurzem in Kraft treten dürfte, wird nicht unvermittelte Ermäßigungen der in den bestehenden russischen Tarifen enthaltenen Zollsätze und Einführverbote, dagegen verschiedene Erhöhungen der Zollsätze des polnischen Tarifs enthalten, wovon ich den Handelsstand vorläufig in Kenntniß setze.“ v. d. Heydt.“

Köln, 22. Nov. Die R. Z. berichtet: Heute Morgen fand sich an den Straßenecken unserer Stadt einmal wieder eines jener gedruckten Plakate, wie wir sie im Jahre 1848 dort oft gesehen. Der Inhalt ist: die Bewaffnung geschehe nicht zu Gunsten der Freiheit, sondern zur Stärkung des Despotismus; es gebe aber ein Mittel, allem Unwesen und allem Elend ein Ende zu machen: die einige und unheilbare Republik. Sehr bald natürlich waren die Ecken wieder gereinigt; die Zeit, wo der Unison Eindruck machen und zu verbrecherischen Hoffnungen anregen konnte, ist hier vorbei.

Dresden, 24. Novbr. Von Dresden sind eine Menge Kostbarkeiten aus dem Münzkabinet, der Bildergallerie, der kgl. Bibliothek, auch Gelder auf den Königstein geschafft worden. Ob man den Österreichern, die man doch zuerst in Dresden erwartet, im Fall eines Krieges nicht recht traut? Die sächsische Armee ist von Riesa an bis hinauf nach Nadeberg und Königsbrück längs der preußischen Grenze aufgestellt. Bei Riesa ist ein starkes Corps diesseits und jenseits der Elbe einquartiert, als dessen Bevölkerung man die Deckung des Elbüberganges bezeichnet.

Karlsruhe, 22. Nov. Die Zweite Kammer hat den preußischen Truppen einen Dank votirt.

Kassel, 20. Nov. Unser Premier, Dr. Hassenpflug, ist gestern im tiefsten Geheimniß hier gewesen und befindet sich vielleicht noch heute hier. Es ist dies das zweite Mal, daß er seit seiner Flucht in unsern Mauern weilt; denn schon vor einigen Wochen hat er sich in derselben geheimnißvollen Weise ein paar Tage hier aufgehalten, und wir erfuhren erst davon, als er wieder weg war. Was er hier will, ist für uns ein Rätsel. So viel ich aber gehört, scheinen seine Privatangelegenheiten der Grund seines Hierherkommens zu sein; denn seine Familie befindet sich noch hier. Mit dem Bezirksdirector Wachs hat er unter dem Schleier eines Geheimnißes eine Conferenz gehabt.

Vom Hrn. v. Trott, der im Anfange der 30er Jahre einige Zeit Minister war, und als kurhessischer Bevollmächtigter die geheimen Wiener Conferenzbeschlüsse im Jahre 1834 unterzeichnete, hieß es vor einigen Tagen, er sei zum Gesandten aussersehen; Niemand wußte aber, an welchem Hofe. Jetzt erfährt man, daß er vom Kurfürsten zu den freien Conferenzen, in welchen auch das endliche Schicksal Kurhessens zur Entscheidung kommen werde, abgeordnet werden solle. Zu gleicher Zeit heißt es aber auch, daß er aussersehen sei, Hrn. Hassenpflug zu ersetzen.

Fulda, 19. Novbr. In unserer, von den „befreundeten“ Bundesstruppen besetzten Stadt herrschen die traurigsten Zustände: Angst und Verzweiflung haben sich aller Gemüther bemächtigt, mit bangem Blicke sieht jedes Auge in die Zukunft und Feder-

mann sagt sich: So kann es nicht lange bleiben. Es ist bekannt, daß die Natur gerade nicht ihr reichstes Füllhorn ausgegossen hat über den schmalen Länderstrich zwischen Vogelsberg und Rhön, in welchem der Bezirk Fulda eingeklemmt ist. Und doch ruht auf diesen wenigen Quadratmeilen nun schon über 14 Tage die Last der Erhaltung eines Armeecorps von, gering geschätzt, 12 bis 14,000 Mann, eine Last, wie sie nach den Aussagen älterer Leute selbst zur Zeit der französischen Metirade niemals gewesen ist; so lange die Preußen hier standen, wurde wenigstens Alles bezahlt, und es konnte für neue Zufuhr gesorgt werden, auch wurde und ein großer Theil der Truppen während der Nächte bivouakierte. Seit dem Einrücken der Baiern aber ist unsere Lage wahrhaft entsetzlich; denn diese scheinen nur in das Land gekommen, um auf unsere Kosten sich einmal recht gütlich thun zu können, ob dabei Kurhessen zu Grunde geht, kümmert eine „Bundes-Exekutionsarmee“ nicht. Schon steigen die Preise der nothwendigsten Lebensmittel, und Zufuhren kommen nicht, weil in dem nahen Franken die Österreicher Alles im Anspruch nehmen; schon ist an die Gemeindebehörden der Stadt und der umliegenden Dörfer der gemessene Befehl ergangen, eine gewisse Menge Courage zu liefern, und falls die Requisitionen kein genügendes Resultat liefern sollten, durch Soldaten alle Böden und Scheunen durchsuchen und alles Vorräthe wegnehmen zu lassen bis auf einen vierzehntägigen Bedarf der Eigentümer.

Wiesbaden, 18. Nov. Wie wir aus zuverlässiger Quelle soeben erfahren, wurde der hiesige Agent der königlichen Dampfschiffahrtsgesellschaft gestern von deren Direction benachrichtigt, daß bis auf Weiteres auf den königlichen Dampfsbooten keine Reisenden weiter befördert werden können, da dieselben sämtlich zum Truppentransport verwendet werden müßten.

Meiningen, 20. Nov. Morgen soll eine Conferenz in Gotha stattfinden, in der die Regierungen der thüringischen Staaten über die Maßregeln berathen werden, welche von ihnen bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse zu ergreifen sein dürfen. Man spricht von der Errichtung und Mobilmachung einer thüringischen Brigade.

Oesterreichische Länder.

Wien, 15. Nov. Der Kroaten furchterliche Banden — wie sie Schiller in seiner Geschichte des dreißigjährigen Krieges nennt, haben uns seit gestern verlassen. Der junge Kaiser und Banus Hellachisch musterten dieselben bei ihrem jeweiligen Durchzug. Alle Versuche der österreichischen Generale, eine strenge Mannschaft unter diesem berüchtigten Corps einzuführen, scheiterten bis heute an dem eingesleichten Räubercharakter der Kroaten. Ihr Marsch durch Ungarn, Steiermark und Österreich wurde wie gewöhnlich durch Verbrechen aller Art bezeichnet. Auch hier sind verschiedene Diebereien in den von Kroaten bewohnten Quartieren, Nothzucht und ein Mordversuch zur Kenntniß der Militairbehörde gekommen. Und diese schreckliche Rotte, welche nach dem übereinstimmenden Begriff der österreichischen Offiziere in den Schlachten schlechte Dienste leistet und nur zur Touragirung und Razzia's gut zu gebrauchen ist, will Österreich in einem Bundeskriege gegen Deutschland verwenden.

Wien, 21. Nov. Vermöge allerhöchster Entschließung des Kaisers vom 11. Nov. d. J. sind sämtliche Generale, Stabs- und Oberoffiziere, die sich gegenwärtig noch auf Urlaub befinden, angewiesen worden, schleunigst bei strengster Verantwortung zu ihren Truppenkörpern einzurücken, nur jene ausgenommen, denen die Absentierungsbewilligung behufs der Erholung ihrer Gesundheit ertheilt worden ist.

Italien.

Mailand, 13. Nov. Die betrübenden Nachrichten über die Verwicklungen in Deutschland erregen unverkennbare Freude bei dem größten Theile der hiesigen Bewohner. — Feldmarschall Graf Nadezhky hat, eingelangten Nachrichten zufolge, das ganze Personal seines Hauptquartiers in aller Eile zu sich einberufen.

Frankreich.

Paris, 21. Nov. Der „Moniteur“ protestiert gegen den im „Constitutionnel“ enthaltenen Angriff auf Preußen. Cavaignac spricht sich im „Moniteur du soir“ entschieden gegen eine Präsidentschafts-Versängerung Louis Napoleons aus. Der legitimistische Abgeordneten-Bund hat eine Commission zur Umänderung des Wahlgesetzes ernannt. Der „Courrier français“ ist verurtheilt.

Paris, 22. Nov. Im Departement Ardèche ist die Ruhe wieder hergestellt, mehrfache Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Entdecker des Complots der „dix Decembre“-Gesellschaft,

Allaix, ist wegen Verläumung verhaftet. Cretou wird seinen Antrag, das Exil der Bourbons aufzuheben, erneuern. In der gesetzgebenden Versammlung stellen zwei Volksvertreter den Antrag auf Wiederherstellung der Sklaverei.

Großbritannien.

London, 20. Nov. Aus Manchester vom 17. Novbr. schreibt man der R. Z.: Die Subscription für die braven kurhessischen Offiziere hat den besten Fortgang. Auch die Engländer beteiligen sich daran, sie nennen diese Sache a noble case, und Tories und Whigs zeichnen ohne Unterschied. Selbst die Times wagt die offenbar gerechte Sache nicht anzugreifen. Hier sind bis heute 1500 Pf. St. unterschrieben.

Warschauer Conferenzen.

Die Nachrichten über die Warschauer Conferenzen und über die denselben folgenden Unterhandlungen zwischen dem Berliner und Wiener Cabinet sind bis jetzt so bruchstückweise und zusammenhanglos in die Öffentlichkeit gelangt, daß es den Lesern dieses Blattes nicht unerwünscht kommen dürfte, wenn ich mir erlaube, einen Blick auf die Conferenzen in Warschau zurückzuwerfen und die Entwicklung der Situation bis zu dem Moment zu schildern, in welchem sie sich gegenwärtig befindet. An den Conferenzen in Warschau beteiligten sich für Österreich Graf Nesselrode und Baron Meyendorff; für Österreich Fürst Schwarzenberg; für Preußen Graf Brandenburg und Herr v. Rochow, der preußische Gesandte in Petersburg.

In Warschau sollte die Grundlage der Verständigung zwischen Österreich und Preußen festgestellt werden. Es wurden von beiden Seiten vorher gewisse Punkte aufgestellt, die gegenseitig zur Anerkennung kommen sollten. Graf Buol-Schauenstein, der österreichische Gesandte in Petersburg, war unmittelbar vor dem Beginn der Warschauer Conferenzen nach Berlin gekommen und hatte in Verbindung mit Hrn. Prokesch v. Osten dem preußischen Minister des Auswärtigen die Bedingungen mitgetheilt, unter welchen Österreich sich zu den von Preußen gewünschten freien Conferenzen herbeilasse. Das aus sechs Punkten bestehende preußische Verständigungs-Programm, welches hierauf Graf Brandenburg in Warschau vorlegte, war durch Zusammensetzung derselben österreichischen Forderungen, auf die man in Berlin eingehen zu wollen die Absicht hatte, und aus den Zugeständnissen gebildet, die Preußen dagegen beanspruchte.

Diese sechs Punkte enthielten:

- 1) Gleichstellung Preußens mit Österreich im Präsidium des weiteren Bundes.
- 2) Wiederherstellung der 17 Stimmen im Bundesrat, dem die Befugnisse der Bundesversammlung nach den Bestimmungen der Bundesakte übertragen werden sollen.
- 3) Theilung der Executivgewalt zwischen Österreich und Preußen.
- 4) Von einer Volksvertretung bei der neuen deutschen Centralgewalt ist „zur Zeit“ abzusehen.
- 5) Der Gesamtstaat Österreichs wird in den Bund aufgenommen.
- 6) Das Recht zur freien Unirung bleibt vorbehalten, doch soll die Union mit der Bundesverfassung nirgends in Widerspruch treten.

Österreich lehnte in Warschau die Annahme des 1. Punktes ab, mit der Erklärung, daß sämtliche Staaten hierüber entscheiden müßten. Dieser Abweisung in der angegebenen Form legt man die Absicht unter, Preußen zu einem solchen Antrag in einer Conferenz sämtlicher Regierungen zu bewegen und es dadurch in eine Versammlung zu bringen, an deren Spitze Österreich stehen müßte. Dem 3. Punkt wollte Österreich gleichfalls seine Zustimmung nicht ertheilen, es verlangte vielmehr die Errichtung eines Directoriums aus 3 Mitgliedern für Ausübung der Executivgewalt des Bundes. Als dritte Macht sollte zu Österreich und Preußen Bayern treten. Man glaubt, daß Österreich sich in dem Bregenzer Vertrage verpflichtet habe, Bayern eine solche Stellung einzuräumen. Die übrigen Punkte des preußischen Vorschlags, die nur Zugeständnisse an Österreich enthalten, wurden bereitwillig angenommen. Der Punkt 6 mit der Erklärung, daß es einer neuen Anerkennung des Unirungsrechts nicht bedürfe, da der Artikel XI. der Bundesakte dieses Recht jedem Staate in derselben Ausdehnung zuerkenne.

Die freien Conferenzen, welche Preußen ferner und zu dem Zwecke verlangte, damit sämtliche Staaten die Verständigung, die zwischen Österreich und Preußen über die aufgestellten Punkte erfolgt, anerkennen, erklärte Österreich zugestehen zu wollen, jedoch sollten sie, wie die Wiener Conferenzen von 1819, unter Vorsitz Österreichs stattfinden; das Resultat würde durch den Bundestag anzuerkennen und wie die Wiener Schlüsse zu veröffentlichen sein. Österreich knipste jedoch an diese Zustimmung zu den preußischen Vorschlägen noch zwei Bedingungen, deren Erfüllung als Einleitungspunkte der Verständigung vorangehen sollte:

1. Die Unionsverfassung mit dem Parlamente und den Institutionen, mit welchen Preußen dieselbe beabsichtigt hatte, solle förmlich und vollständig aufgegeben werden.

2. Der Bund in seiner gegenwärtigen Stellung solle von Preußen unangefochten bleiben und kein Widerstand gegen die Beschlüsse der in Frankfurt tagenden Versammlung erhoben werden.

Graf Brandenburg erklärte hierauf, nicht ermächtigt zu sein, solche Bedingungen einzugehen. Preußen wollte nach den Vollmachten, die es besaß, den Bundestag nur dulden, nicht anerkennen. Die Unionsverfassung könne Preußen nicht einseitig aufheben, sie sei die Frucht eines Vertrages. Die Warschauer Conferenz blieb in Folge dessen ohne Abschluß. Die preußische Regierung sollte entscheiden, ob sie auf die angebotenen Bedingungen eingehen könne. Diese Entscheidung führte zu der Ministerkrise vom 2. Novbr. und dem Rücktritt Radowitz's. Graf Brandenburg befürwortete die Annahme der österreichischen Proposition und den Abschluß der Verständigung; Mantauffel und Stockhausen standen ihm zur Seite. Radowitz trat dagegen mit einem neuen Programm der Politik hervor, die Preußen einzuhalten hatte. Es lautet:

1) Eine Occupation Kurhessens durch Truppen, die der sogenannte in Frankfurt tagende Bundestag sendet, werde Preußen nicht gestatten.

2) Wenn Bayern in Hessen einrücken sollten, so werden preußische Truppen gleichfalls in das Land marschieren.

3) Sollten die Bayern sich auf die Besetzung der Provinz Hanau beschränken, so würde sie Preußen dort nicht angreifen.

4) Sollten die Bayern über größere Strecken des Landes und bis Kassel sich ausdehnen, ehe Preußen diese Stadt noch besetzen könnte, so bekommen die preußischen Generale den Befehl, die feindlichen Truppen aus ihren Stellungen zurückzuwerfen.

5) In Folge der drohenden kriegerischen Bewegungen und Truppenmärsche in Österreich und Bayern wird die Mobilisierung der gesamten preußischen Armee ausgeführt.

6) An das österreichische Cabinet wird eine ausführliche Declaration über die Beweggründe zu diesem Schritte gefeuert, und den andern auswärtigen Mächten gleichzeitig erklärt, daß die österreichischen Maßregeln hierzu Veranlassung gegeben.

7) Eine Proclamation des Königs an das Volk begleitet den Befehl zur Mobilisierung und gibt ausführliche Erklärung über die Stellung und die Absichten der Regierung.

8) Die Kammer werden ungesäumt zusammenberufen.

Dieses Programm des Herrn v. Radowitz wurde verworfen und am 3. Nov. ging eine Depesche nach Wien ab, welche dem österreichischen Cabinet die Annahme der in Warschau gestellten Bedingungen, die Aufgabe der Union u. s. w. verkündigte. Legationssecretair Rosenberg war der Ueberbringer dieser Depesche, die am 5. in Wien angekommen war. Am 6. erhielt die Regierung eine telegraphische Depesche, mit welcher Graf Bernstorff angezeigt, daß Fürst Schwarzenberg die gänzliche Räumung Kurhessens von preußischen Truppen verlange und alle weiteren Verhandlungen abweise, bis diese Maßregel vollzogen sei. Der Beschluß, die preußische Armee zu mobilisieren, war die Antwort der Regierung auf diese unerwartete Botschaft.

Die berliner Märztagte vom militärischen Standpunkte aus geschildert und

Bemerkungen des Grafen Arnim-Boyzenburg
zu dieser Schrift.

(Schluß.)

Dies als Entgegnung des Grafen auf den „Vorwurf“, den er in der Neuübersetzung des Verfassers findet, daß der Minister den General nicht über die Richtung, welche die Truppen genommen hätten, befragt habe. Schließlich weist er etwas bitter (Fortsetzung im Beiblatt.)

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 140.

Görlitz, Dienstag den 26. November 1850.

auf die oben angeführte desfallsige Frage und die erhaltene Antwort hin.

Der Verfasser der Brochüre übergeht, aus leicht zu errathenden Gründen, die weiteren Vorgänge im Innern des Königlichen Schlosses, kann aber doch nicht umhin, einen Punkt hervorzuheben, als für die Geschichte des preußischen Staates folgenreich und von entschiedener Wichtigkeit. Derselbe kleidet ihn in das Gewand einer „bescheidenen Aufrage“ in vier Punkte, und da der Graf in seiner Entgegnung punktuell widerlegt, so wollen wir weder dieselben, noch die darauf Bezug habenden Antworten dem Leser vorenthalten, sondern, wenn auch Letztere nur in gedrängter Kürze, hier anführen.

Die Fragen lauten nämlich: Ist es wahr,

1) daß unmittelbar nach dem Abmarsch der Truppen der Minister-Präsident, Graf von Arnim, Sr. Majestät sagte: jetzt gebiete auch die Nothwendigkeit, unbedingtes Vertrauen zu zeigen, und er hege die Ueberzeugung, der Monarch werde dasselbe gerechtfertigt finden?

Der Graf erwidert, daß er die angeführten Worte nicht genau recognosciren könne, da er sich damals nicht in der, freilich angenehmeren Lage befunden hätte, blos zuzuhören, zuzusehen, und Alles zu notiren. Des Wichtigeren erinnere er sich jedoch ganz genau.

Allerdings habe der Sinn jener Aeußerung damals im Wesentlichen seiner Ansicht entsprochen. Vertrauen zu den Gutsgefürsten war zu jeder Zeit am Platze, wenn man nur die Mittel in der Hand behielte, sich die Bösgefürsten vom Leibe zu halten. Nach dem Abmarsch der Truppen aber wäre jener Bundesgenosse um so wichtiger geworden, und da man jene Mittel aus der Hand gegeben, so sei auch keine Wahl geblieben, denn zwischen der Alternative, durch Vertrauen auf die bessern Elemente der Stadt zu wirken, oder — heimliche Flucht, habe er nie einen Augenblick geschwankt, sondern sich stets für erstere entschieden.

Die zweite und dritte Frage lautet:

ob der Minister, als keine Antwort erfolgte, sich mit der Frage an die Anwesenden wendete: ob jemand jetzt einen anderen Rath geben könne?

und:

ob ein Offizier mit den Worten vortrat: Ja, und zwar den, daß Ihre Majestäten sich augenblicklich in die Mitte der beiden Bataillone (der Schloßbefestigung) begeben, und mit ihnen die Stadt verlassen. Noch ist der Weg zum Brandenburger Thor frei, noch sind sämtliche Truppen im Marsche, und können sich beim ersten Widerstand der Königlichen Colonne anschließen?

Dass Graf Arnim diese Antwort des Offiziers nicht vernommen, scheint ihm schon daraus hervorzugehen, daß er sonst schwerlich auf die Erwähnung zweier Bataillone im Schloßhofe geschwungen haben würde, da ihm doch nur die Anwesenheit von zweien Compagnien bekannt war; doch gesteht er die Möglichkeit der Ertheilung jenes Rathes zu, und um so bereitwilliger, da in jenen Tagen sehr viele Rathschläge ertheilt worden, namentlich von denen, die ihre Ausführung nicht zu verantworten hatten; hätte er aber auch jenen Vorschlag vernommen, würde seine Responsabilität sich doch schwerlich zur Ausführung desselben verstanden haben, denn dieser vorgebliche Rathschlag des Offiziers fiel, nach dem Berichte des Anonymus, gerade mit dem Andringen des bekannten Leichenzugs von den Linden her zusammen, ein Moment, den er nicht so ganz wie der Rathgeber für den geeigneten halten könnte, zur Entfernung Ihrer Majestäten aus der empörten, von Bassermannschen Gestalten durchwogten Stadt.

Die vierte Frage geht endlich dahin:

„ob der Minister — obwohl natürlich Sr. Majestät die Entscheidung anheimgebend — sich bestimmt, und mit historischen Bezugnahmen gegen diesen Plan, erklärte, der doch allein zur Rettung von monatlängem Elend diente? —“

Hierauf erwidert der Graf, daß er so wenig den Vorschlag zurückgewiesen, als er sich erinnere, ihn vernommen zu haben. Immerhin aber könne er sich über diese, nach seiner Meinung höchst unpractische Idee bei irgend einer, damals ständig vorgekommenen Erörterung dieser Frage ausgesprochen haben; wenn aber der Tadler seine Ansichten so verwerflich findet, so wünsche er, daß derselbe aus der langen Geschichte der Revolution einen Präcedenzfall anführen möge, in welchem die glückliche Ausführung solches Vorschlags vorgekommen wäre.

Graf Arnim beschließt die Erörterung dieses Punktes nun auch mit einer Frage, nämlich, wie es möglich war, daß, nachdem, der Aussage des Berichterstatters zufolge, der Oberbe-

fehlshaber um 11 Uhr zwanzig Bataillone, dreißig Geschütze und ein Regiment Kavallerie in dem occupirten Rayon der Stadt zu seiner Disposition hatte, um 12 Uhr, also in einer Stunde, während welcher er der allein Ausführende war, nach der Ansicht jenes Rathgebers und des ungenannten Berichterstatters vom militärischen Standpunkte, es dahin gekommen, daß der alleinige Weg zur Rettung der Monarchie vor monatlängem Elend der war, daß Ihre Majestäten augenblicklich, wie sie gingen und standen, sich in irgend einen Wagen werfen und dann im Schritt durch sieben Compagnien geleitet, aus Berlin zu entkommen suchten. „Stand es also, ruft er, so sind wir nach den Fragen des Anonymus wohl zu fragen berechtigt: Wer trug daran die Schuld? Gewiß nicht der Minister, der in diesem Augenblick sein Amt antrat.“

Nedigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Lausitzer Nachrichten.

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Görlitz in der öffentlichen Sitzung vom 22. Novbr. 1850.

Es erhielten das Bürgerrecht: der Fleischer Klennert, der Bäcker Guhl, der Lohndiener Meerhof, der Getreidehändler Lehmann, der Schuhmacher Möbius und der Schnittihändler Hamburger.

Dem Bürger-Jubilar E. G. Altenberger wurde das übliche Ehrengeschenk mit 10 Thlr. bewilligt.

Die Witwe Joachim in Brand erhielt eine Unterstützung von 3 Thln.

Dem Häusler Hofmann in Penzighammer wurde für den Betrag von 5 Stämmen Holz Nachsicht bis zum 15. August 1851 zugestanden.

Die gewöhnliche Wochenliste der Arbeiter wurde vergelegt. Mit Aufstellung einer Laterne vor dem Laubaner Thore, wo sich die beiden Strafen trennen, war Versammlung einverstanden.

Behufs Aufschaffung mehrerer Inventarienstücke auf dem Holzhofe zu Hennersdorf wurden 25 Thlr. nachbewilligt, dagegen die beabsichtigte Aufschaffung eines Spiegels für 4 Thlr. als unnötiger Luxus abgelehnt.

Dem Gutsmacher Otto wurde für seine niedrigste Forderung von 1 Thlr. 2½ Sgr. für die acht grünen Hüte der Forstbeamten der Zuschlag ertheilt, andererseits aber beschlossen, sowohl wegen Verpachtung der Stadtwaage als der Oeffnerung für das nächste Halbjahr neue Submissionen und Termine auszuschreiben, da die eingegangenen nicht genügend befunden wurden.

Der Antrag, eine Vorbereitungsklasse für das Gymnasium, hauptsächlich wegen der lateinischen Sprache, unter Anstellung eines Lehrers mit 350 Thlr. Gehalt zu beschließen, wurde auf ruhigere Zeiten vertagt.

Ein gedruckter Bericht über die Waisen-Pforte in Cottbus wurde an den Magistrat mit dem Bemerkung übergeben, daß diesseits kein Beitrag bewilligt werden könne.

Der Magistrat hatte einige Modificationen in den Bestimmungen des Statuts der Friedrich-Wilhelms-Stiftung beantragt, welche Annahme erhielten, und erlangten das vacante Stipendium für höhere gewerbliche Ausbildung der Sohn des Stadtmusikus Alpe, die beiden Schul-Stipendien aber die Söhne des Bürgerschmachers Straube und des Tischlermeister Rothenburg, sämtlich auf 1 Jahr.

Nachdem denen in Wachthäusern stationirten Nachtwächtern eine Nachbewilligung von Holz abgeschlagen worden war, hatte der Magistrat vorgeklagten, an dessen Stelle Dorf zu bewilligen, was jedoch selbstredend ebenfalls verwirkt werden mußte.

Ein Gesuch des Glashüttenbesitzer Schulze in Rauscha, ihm zu seinem Fabrikbetrieb von Zeit zu Zeit Holz abzulassen, wurde vom Magistrat dahin beantwortet, daß es der Commune für ihren Holzbedarf kaum ausreiche und fast gar kein Holz zum freien Verkauf gestellt werden könne, welcher Ansicht Versammlung beitrat.

Der Ortsrichter der Gemeinde Zodel schilderte die Bedrängniß der Gemeinde sehr groß, vermöge der aus Mangel an Geld unterbliebenen Vollendung der Dammwauten, Versammlung konnte aber keine Veranlassung finden, von ihrem früheren Be-

schluß abzugehen, wonach die zweite Hälfte des bewilligten Geschenks erst nach Beendigung der ganzen Anlage gezahlt werden soll.

Seitens der Königl. Regierung war der Magistrat veranlaßt worden, die Versammlung aufzufordern, aus Communalmitteln einen Beitrag zu den Kosten der im Bau begriffenen röm.-katholischen Kirche zu bewilligen. Versammlung sprach sich dahin aus, daß es so wenig einer Aufforderung der Behörden, als eines Gesuchs der betheiligten Gemeinde hierzu bedurfte noch bedürfe, sie sich vielmehr aus freiem, eigenen Antriebe bewogen fühle, ihren Mitbürgern ihre christliche Nächstenliebe zu betätigen, und zu diesem Zweck den Magistrat ersuche, Anschläge zu einem Glockengeläute kommen zu lassen, welcher Gegenstand als ein passendes und würdiges Geschenk betrachtet werde.

Der nunmehr umgearbeitete Plan zu dem längst projectirten neuen großen Schulgebäude für Gymnasium und höhere Bürgerschule wurde vorgelegt, die Absehung desselben an die Königl. technische Bau-Deputation beschlossen, und s. z. speziellen Kosten-Anschlägen nach Maßgabe der weiteren Entscheidung entgegensehen.

Die für außerordentlich dringende Fälle erwählte gemischte Deputation wurde auf den Antrag der diesseitigen Mitglieder noch durch die Herren Stadtverordn. Kießler und Schmidt verstärkt, nächstdem aber auch der Wunsch ausgesprochen, bei allen wichtigeren, keinen Aufschub erleidenden Vorfällen wo möglich eine Extra-Conferenz einzuberufen, um die Mitglieder der Deputation selbst nicht einer allzu großen Verantwortlichkeit auszusetzen. Von der dermaligen Deputation waren 61 sächsische und russische Säbel der hiesigen Provinzial-Landwehr zu ihrer vollständigeren Ausstattung unentgeldlich überlassen worden, womit sich Versammlung einverstanden erklärte.

Schließlich wurden die Rechnungen des Jahres 1848 vorbehaltlich Erledigung der gezogenen Monita als justifiziert angenommen.

Görlitz, 23. Novbr. Gestern Abend um 9 Uhr wurde hier nach der Gegend zwischen Marklissa und Lauban zu einem großen Feuer beobachtet. Daß es von bedeutendem Umfange sein mußte, läßt sich schon daraus schließen, daß noch um 11 Uhr der südöstliche Himmel stark geröthet erschien. Welchen Ort das Unglück betroffen, ist uns bisher unbekannt geblieben. X.

Görlitz, 23. Nov. Gestern wurde der am 18. d. M. hier eröffnete oberlausitzische Provinzial-Landtag geschlossen. Unter den zur Sprache gebrachten Gegenständen wollen wir nur folgende anführen, welche zum Beschlüß gekommen und für unsere Leser von Interesse sein dürften: 1) Im Falle einer freiwilligen Staatsanleihe soll dem Königl. Staatsministerio von den oberlausitzischen Ständen ein Darlehn von 100,000 Thlr. offeriert werden. 2) haben die Landstände und Landgemeinden die Zinsen ihres Fonds von 11,000 Thlr. vom 1. October 1849 ab den Hinterbliebenen der zum Militair einberufenen oberlausitzer Wehr-

männer bestimmt und die Stände die Verzinsung mit 5 p.C. auf Dauer der angegebenen Verwendung zugesichert. 3) Dem oberlausitzer Landwehr-Bataillon sind 3—500 Thlr. zu Aufschaffung von Hornmusik und Säbeln bestimmt worden. 4) ist die Zahl der Seminarfreistellen von 12 auf 15 erhöht worden.

Görlitz, 24. Nov. In Folge der eingetretenen Mobilisierung der Armee sind in der Stadt Görlitz vom 10. bis incl. 22. Nov. bequartiert worden:

- 1) 4000 Mann und 32 Offiziere Provinzial-Landwehr des 1. und 2. Aufgebots, incl. der Landwehr-Ulanen-Escadron, der Reserven für Linien-Infanterie- und Cavallerie-Regimenter, der Jäger-Reserven und Train.
- 2) 2400 Mann und 28 Offiziere Garde-Landwehr, incl. der betreffenden Reserven für die Garde-Regimenter und Train.
- 3) 411 Pferde für die Escadron, den Train für beide Landwehr-Bataillone und einen Theil Artillerie-Train.

Görlitz, 24. Nov. Ganz verlässlichen Privatnachrichten aus Seidenberg zufolge ist nunmehr wirklich österreichisches Militair an hiesiger Grenze aufgestellt worden, und wird versichert, daß in Friedland und den in der Nähe herum gelegenen Dörfern das ungarische Infanterie-Regiment Waja eingerückt ist, und die Seidenberg zunächst gelegenen Dörfer Ebersdorf, Bunzendorf u. zwar keine Einquartierung erhalten haben, wohl aber Naturallieferungen nach Friedland leisten müssen. Panische Furcht vor diesen fremden Völkern hat Seidenberg und Umgegend besessen.

— **Sterblichkeit.** In der Zeit vom 22. October bis 22. November c. sind allhier 17 Erwachsene und 12 Kinder verstorben, 3 aber tot geboren worden.

— Wir machen hierdurch auf eine von dem Oberlehrer Heinze in der Heynschen Buchhandlung hier selbst herausgegebene Schrift:

„Theoretisch-praktische Anleitung zum Disponiren, eine Vorschule für logisch-richtiges Denken, für geordnete schriftliche Darstellung und für den freien mündlichen Vortrag; zum Gebrauche für die oberen Classen höherer Lehranstalten und zur Selbstbelehrung“ als auf ein sehr zweckmäßiges Hilfsmittel für Lehrer beim Sprachunterricht in den gedachten Schülerklassen aufmerksam, da sie geeignet ist, die formelle geistige Bildung der Schüler ebenso sehr als ihre praktische Geübtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck der Gedanken zu fördern.

Sorau. Am 22. d. M. war unser Landwehr-Bataillon ersten Aufgebots früh um 8 Uhr auf dem hiesigen Marktplatz, vollständig kriegsmäßig ausgerüstet, versammelt, um seinen Marsch über Triebel nach der Mark anzutreten. Umgeben war es von der teilnehmenden und so zahlreich erschienenen Einwohnerschaft Sorau's, daß der geräumige Platz sie kaum fassen konnte.

Bekanntmachungen.

[617] Bekanntmachung.

Diejenigen Familien, denen bei der Mobilisierung des Heeres durch ihre Einberufung zur Landwehr oder zur Reserve ihre Verfolger entzogen worden sind und auf Unterstützung Anspruch machen, werden hiermit aufgefordert, sich schleunigst und binnen drei Tagen bei den betreffenden Bezirksvorstehern zu melden.

Görlitz, den 22. Novbr. 1850.

Der Magistrat.

[618] Montags den 2. December, Nachmittags um 3 Uhr, sollen auf dem Pfarrhofe zu Hennersdorf zwei alte Ochsen und zwei dergleichen Kühe an den Meisbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

[614] Auf dem Dominio Ober-Halbendorf ist ein Schafhund zugelaufen. Der Eigentümer kann denselben gegen Erstattung der Kosten zurückhalten.

[613] Ein ordentliches und fleißiges, mit guten Zeugnissen versehenes Dienstmädchen wird gesucht. Das Nächste in der Expedition der Lausitzer Zeitung.

[611] Eine große meublierte Stube ist sogleich oder zum 1. Decbr. zu beziehen Oberlangstraße 175a. bei Hirsh.

In der unterzeichneten Buchhandlung ist so eben angekommen:

Meyer's Groschenbibliothek.

3. und 4. Bändchen.

Subscriptions werden noch auf Obiges angenommen bei

G. Heinze & Comp.,
Langstraße 185.

So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen (auch bei G. Heinze u. Comp. in Görlitz) für 1½ Sgr. zu haben:

Offenes Sendschreiben an S. M. d. König.

Von Fr. Nich. Fischer,

Bef. der Schrift: An die Abgeordneten und an den Minister
[619] des Preuß. Staates.